

Grundlagen des Verfassungsrechts

Herausgegeben von
Julian Krüper,
Mehrddad Payandeh
und Heiko Sauer

Band I: Zugänge



Mohr Siebeck

Julian Krüper, Mehrdad Payandeh und Heiko Sauer (Hrsg.)

Grundlagen des Verfassungsrechts



Julian Krüper
Mehrddad Payandeh
Heiko Sauer (Hrsg.)

Grundlagen des Verfassungsrechts

Band I: Zugänge

Mohr Siebeck

Julian Krüper ist Inhaber des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, Verfassungstheorie und interdisziplinäre Rechtsforschung an der Juristischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum.

Heiko Sauer ist Inhaber des Lehrstuhls für deutsches und europäisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

Mehrdad Payandeh ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationales Recht, Europarecht und Öffentliches Recht an der Bucerius Law School in Hamburg.

Zitiervorschlag: *Bearbeiter*in*, in: Krüper/Payandeh/Sauer (Hrsg.), Grundlagen VerfR I, 2026, §1 Rn.1.

ISBN 978-3-16-200110-8 / eISBN 978-3-16-200111-5
DOI 10.1628/978-3-16-200111-5

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

© 2026 Mohr Siebeck Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für die Verbreitung, Vervielfältigung, Übersetzung und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen. Das Recht einer Nutzung der Inhalte dieses Werkes zum Zwecke des Text- und Data-Mining im Sinne von § 44b UrhG bleibt ausdrücklich vorbehalten.

Gedruckt auf alterungsbeständiges Papier. Satz: Martin Fischer, Tübingen.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Vorwort

Verfassungsrechtswissenschaft ist vielfältig. Sie kann dogmatisch oder theoretisch arbeiten, historisch oder vergleichend, auf vielfältige Weise interdisziplinär oder dezidiert kritisch. Ihre Erkenntnisinteressen können dem geltenden Verfassungsrecht gewidmet sein, etwa dem Inhalt einzelner Verfassungsvorschriften, der Lösung verfassungsrechtlicher Detailprobleme oder der Bedeutung und dem Gehalt von Verfassungsprinzipien. Sie kann auch der Frage nachgehen, warum ein Verfassungsrechtssatz so ist, wie er ist, und ob er nicht auch anders lauten könnte. Sie kann sich der Auslegung eines einzelnen Wortes im Verfassungstext widmen, Wesensmerkmale des liberalen Verfassungsstaats westlicher Prägung erkunden oder die Wirkungen von Verfassungsnormen in der politischen Praxis oder ihren Stellenwert im gesellschaftlichen Diskurs in den Blick nehmen.

Im Zentrum der großen verfassungsrechtswissenschaftlichen Publikationsformate, der Kommentare, Handbücher, Archivzeitschriften und Lehrbücher, steht regelmäßig die dogmatische Aufarbeitung, Systematisierung und Durchdringung des Grundgesetzes und dabei auch der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts. Dieses Forschungsinteresse ist ebenso wichtig wie anspruchsvoll, bildet aber die Vielfalt der Verfassungsrechtswissenschaft nicht umfassend ab. Werke zu den Grundlagen des Verfassungsrechts, die einen verfassungstheoretischen Ansatz verfolgen, sind die Ausnahme. An dieser Stelle setzen die „Grundlagen des Verfassungsrechts“ an, deren erster von drei Bänden hiermit vorgelegt wird. Anknüpfend an die in den vergangenen Jahren intensiv geführten Selbstvergewisserungsdebatten über die Stoßrichtung und den Stellenwert der theoretischen Reflexion in der Verfassungsrechtswissenschaft zielt das Werk darauf ab, die Grundlagen des Verfassungsrechts und der Verfassungsrechtswissenschaft zu analysieren und zu reflektieren. Der erste Band nimmt dazu denkbare methodologisch-theoretische „Zugänge“ der Verfassungsrechtswissenschaft in den Blick, während der zweite Band zentrale „Kategorien“ des Verfassungsrechts und Verfassungsdenkens analysieren und der dritte Band sich den unterschiedlichen Dimensionen der „Herrschaftsordnung“ als wesentlicher Verfassungsfunktion widmen wird. Mit der Konzentration auf die Grundlagen des Verfassungsrechts streben wir eine Ergänzung der stärker dogmatisch ausgerichteten Werke zum Verfassungsrecht an.

Jede Wissenschaftsgeneration steht vor der Aufgabe, sich der methodischen und materiellen Grundlagen des eigenen Faches zu versichern. Dieses lebt, wie *Konrad Hesse* pointiert zum Ausdruck gebracht hat, „von dem Gedankengut einer Welt, die nicht mehr die unsere ist und, wie wir immer deutlicher sehen, in den tiefen Wandlungen des ausgehenden 20. Jahrhunderts ihren Untergang gefunden hat. Über ihre Grundlagen, bislang als gesichert geltende Bestandteile der Staats- und Verfassungslehre, ist die Geschichte hinweggegangen“. Die „Grundlagen des Verfassungsrechts“ sind das Projekt einer Gruppe von Verfassungsrechtswissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern, die nicht nur über ihr Interesse an grundlagen- und theorieorientierter Wissenschaft verbunden sind, sondern einer Wissenschaftsgeneration angehören, die auf ein anderes Verfassungsrecht und eine

andere Verfassungsrechtswissenschaft trifft als unsere akademischen Vorfahren: Nach über 70 Jahren Verfassungsrechtsprechung und Forschungsgespräch hat eine gewisse Konsolidierung und Verfestigung verfassungsrechtlicher Positionen stattgefunden, die in weiten Teilen nicht mehr zur Disposition stehen. Gleichzeitig haben sich die gesellschaftlichen Bedingungen und die sozialen und politischen Realitäten der Bundesrepublik fundamental gewandelt. Stichworte sind insofern der Bedeutungsverlust der Kirchen auch angesichts der Pluralisierung religiöser Bekenntnisse, das gestiegene Bewusstsein für die Bedeutung von Fragen der Gleichstellung, der sexuellen Orientierung und geschlechtlichen Identität, die Anerkennung der Bundesrepublik als Einwanderungsland und der Einfluss der Migration auf die Gesellschaft, das zunehmende sozio-ökonomische Gefälle und nicht zuletzt die grundlegenden Veränderungen in der Parteienlandschaft. Europäisierung und Internationalisierung sind alltägliche Konstanten des Verfassungsrechts für eine Wissenschaft, für die nach der Überwindung der deutschen Teilung Fragen der Souveränität und der Staatlichkeit der Bundesrepublik und des Verhältnisses zum Deutschen Reich nicht nur weitgehend an praktischer Relevanz eingebüßt haben, sondern auch keine prägende Bedeutung mehr hatten. Digitalisierung, Klimawandel, zunehmender Rechtspopulismus und Autoritarismus fordern die Demokratie und andere verfassungsstaatliche Grundprinzipien in bislang unbekanntem Ausmaß heraus.

Die Beiträge in diesem Band sowie in den folgenden Bänden profitierten und profitieren von intensiven Diskussionen zwischen den Beteiligten im Rahmen von zwei Workshops für jeden Band sowie im bilateralen Austausch. Für die großzügige Förderung danken wir der Schulze-Fielitz Stiftung herzlich. Für tatkräftige Unterstützung bei der redaktionellen Überarbeitung der Manuskripte danken wir schließlich unseren Lehrstuhlteams, insbesondere *Emina Burekovic*, *Jonathan Greipl* und *Nikita Peck*. Dem Verlag Mohr Siebeck und hier insbesondere Frau *Daniela Taudt* gebührt großer Dank für die Realisierung des Projekts.

Bochum, Hamburg und Bonn
im Frühjahr 2026

Julian Krüper
Mebrdad Payandeh
Heiko Sauer

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
§ 1 Rechtsphilosophie – <i>Friederike Wapler</i>	1
§ 2 Rechtstheorie – <i>Andreas Funke</i>	43
§ 3 Verfassungsinterpretation – <i>Heiko Sauer</i>	122
§ 4 Verfassungsgeschichte – <i>Michael W. Müller</i>	199
§ 5 Verfassungssoziologie – <i>Jörn Reinhardt</i>	260
§ 6 Verfassungsvergleichung – <i>Michaela Hailbronner</i>	318
§ 7 Gemeineuropäische Zugänge zum Verfassungsrecht – <i>Mattias Wendel</i>	355
§ 8 Ökonomische Analyse des Verfassungsrechts – <i>Stefanie Egidy</i>	400
§ 9 Politikwissenschaftliche Zugänge zur Verfassung – <i>Patricia Wiater</i>	472
§ 10 Organisationstheoretische Zugänge zum Verfassungsrecht – <i>Arne Pilniok</i>	516
§ 11 Kulturwissenschaftliche Verfassungsforschung – <i>Julian Krüper</i>	580
§ 12 Kritische Verfassungsrechtswissenschaft – <i>Antje von Ungern-Sternberg</i>	640
§ 13 Intradisziplinäre Zugänge zum Verfassungsrecht – <i>Patrick Hilbert</i>	693
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	747
Gesamtstichwortverzeichnis	749

§ 1 Rechtsphilosophie

Friederike Wapler

A. Einführung	1
B. Rechtsphilosophie	2
I. Begriff und Gegenstand	2
II. Zugänge	5
1. Wege philosophischer Erkenntnis	6
2. Ethik	7
3. Politische Philosophie	9
C. Themen	10
I. Recht und Moral	10
1. Grundpositionen: Rechtspositivismus vs. ‚Naturrecht‘	10
2. Naturrecht und Grundgesetz	11
3. Verfassungswerte	13
II. Staat und Verfassung	18
1. Die ‚Verfasstheit‘ der politischen Gemeinschaft	18
2. Verfassung im rechtlichen Sinne	19
3. Das Verhältnis von Staat und Verfassung	20
4. Vorverfassungsrechtliche Staatszwecke	24
5. Die Bindung der staatlichen Gewalt an die Verfassung	25
III. Legitimität von Verfassungen	31
1. Begriff der Legitimität	31
2. Legitimitätsgründe	33
D. Schluss: Rechtsphilosophie als ‚Grundlage‘ des Verfassungsrechts?	42

A. Einführung

Das Nachdenken über Verfassungen bewegt sich im Grenzbereich zwischen Rechtsphilosophie und Rechtswissenschaft. Verfassungsgesetze sind Teil des geltenden, positiven Rechts und als solche Gegenstand juristischer Auslegung und Anwendung auf den Einzelfall. Gleichzeitig setzen sie die Ordnung, die sie prägen und gestalten, erst in Kraft. Die Verhandlungen über eine Verfassung und der Vorgang ihres Inkraftsetzens liegen im Vorfeld ihrer juristischen Geltung. Damit stellt sich die Frage, ob die Entstehung eines Verfassungsgesetzes an (rechtliche oder außerrechtliche) Bedingungen geknüpft ist. 1

Einmal in Geltung gesetzt, ist die Verfassung ein höherrangiger Maßstab dafür, ob einfaches Recht und Einzelfallentscheidungen auf der Basis des einfachen Rechts ‚richtig‘ im Sinne von ‚rechters‘ sind. Ob aber eine Verfassung selbst ‚gut‘, ‚richtig‘ oder ‚gerecht‘ ist, lässt sich nur anhand außerrechtlicher Kriterien beurteilen. Gleichzeitig entstehen Verfassungen nicht im leeren Raum, sondern sind Ausdruck historischer Entwicklungen, sozialer Umstände, politischer Debatten und philosophischer Theoriebildung. In verfassungsrechtlichen Erörterungen können juristische, politische und philosophische 2

Argumente aus diesem Grund häufig kaum voneinander unterschieden werden. Eine spezifische ‚Verfassungsphilosophie‘ hat sich weder als Teilfach der Rechtswissenschaft noch der Philosophie bislang herausgebildet, und auch dieser Beitrag ist weit davon entfernt, eine solche zu entwerfen oder auch nur herbeizuwünschen. Wohl aber sind Verfassungsrecht und Philosophie in vielerlei Hinsicht miteinander verbunden. Um diese Verbindungen geht es in den folgenden Überlegungen.

B. Rechtsphilosophie

- 3 Während sich der Gegenstand des Verfassungsrechts durch die Anbindung an Normtexte von Verfassungsrang einigermaßen deutlich von anderen Rechtsgebieten abgrenzen lässt, ist der Begriff der Rechtsphilosophie weniger klar umrissen. Die Rechtsphilosophie ist Teil der allgemeinen Philosophie und zugleich ein Grundlagenfach der Rechtswissenschaft.¹ Ihr Gegenstandsbereich umfasst in einem weiten Sinne jede abstrakte Auseinandersetzung mit dem Recht als einer normativen Ordnung.

I. Begriff und Gegenstand

- 4 Wie in der allgemeinen Philosophie kann man auch in der Rechtsphilosophie einen theoretischen und einen praktischen Zweig unterscheiden.² Die theoretische Rechtsphilosophie oder auch Rechtstheorie befasst sich insbesondere mit dem Begriff und der Logik des Rechts sowie mit den Methoden seiner Auslegung. Der praktische Zweig fragt nach der ethischen Rechtfertigung des geltenden Rechts, sucht also nach außerrechtlichen Gerechtigkeitsmaßstäben für das positive Recht (Rechtsethik) sowie nach Grundsätzen für eine gerechte politische Ordnung (politische Philosophie oder Sozialphilosophie).³
- 5 In Abgrenzung zu diesem weiten Verständnis haben sich in der Rechtswissenschaft ab dem späten 19. Jahrhundert spezifische Teildisziplinen wie die ‚Allgemeine Staatslehre‘ oder ‚Staatstheorie‘, ‚Allgemeine Rechtslehre‘ und ‚Rechtstheorie‘ herausgebildet, die jedenfalls auch als Absetzbewegung gegenüber einer als metaphysisch verrufenen Rechtsphilosophie verstanden werden können,⁴ sich aber zugleich auch anderen Disziplinen, insbesondere der Soziologie, öffneten.⁵ Diese Tradition wirkt fort in Verständnissen der

1 *D. v. d. Pfordten*, JZ 2004, S.157 (158 f.); *ders.*, Rechtsphilosophie, 2000, S.11 f.; zur Rechtsphilosophie als Teilgebiet der allgemeinen Philosophie *H. Henkel*, Einführung in die Rechtsphilosophie, 2. Aufl. 1977, §1 (S.3); *A. Kaufmann*, Rechtsphilosophie, 2. Aufl. 1997, S.7; *S. Kirste*, Rechtsphilosophie, 2. Aufl. 2020, S.19 f.; *G. Radbruch*, Rechtsphilosophie (1932), 5. Aufl. 1956, S.91.

2 *D. v. d. Pfordten*, JZ 2004, S.157 (160). Ähnlich *K. Seelmann/D. Demko*, Rechtsphilosophie, 7. Aufl. 2019, S.1; erweitert um die Bereiche des „Begriffs der Rechtsphilosophie“ und der „Theorie der Rechtswissenschaft“ bei *S. Kirste*, Rechtsphilosophie, 2. Aufl. 2020, S.21 ff.

3 Zur Bedeutung der politischen Philosophie für die Philosophie des Rechts vgl. *U. Volkmann*, Rechtsphilosophie, 2. Aufl. 2023, §1 Rn.1 ff.; Gleichsetzung des Begriffs der Rechtsphilosophie mit dem Nachdenken „über die gute, den Menschen zuträgliche Ordnung des Gemeinwesens“ bei *H. Hofmann*, Einführung in die Rechts- und Staatsphilosophie, 2000, Vorwort.

4 Zu dieser Entwicklung *A. Brockmöller*, Die Entstehung der Rechtstheorie im 19. Jahrhundert in Deutschland, 1997; *R. Dreier*, in: *ders.* (Hrsg.), Recht – Moral – Ideologie, 1981, S.17 (18 ff.); *H. Henkel*, Einführung in die Rechtsphilosophie, 2. Aufl. 1977, §1 (S.3); *A. Kaufmann*, Rechtsphilosophie, 2. Aufl. 1997, S.12 f.

5 Zu den historischen Entwicklungslinien einer weit verstandenen Staatstheorie *C. Möllers*, Der

Rechtsphilosophie als eines auf Gerechtigkeitsfragen reduzierten Teilfaches.⁶ Sie zeigt sich auch in der beständigen Suche der Rechtstheorie nach ihrer fachlichen Heimat (→ § 2 Rn. 4 ff.). Die Entwicklung hin zu theoretischen Erwägungen, die als Teil der Rechtswissenschaft – und nicht der Philosophie – verstanden werden, zeigt sich speziell im Verfassungsrecht auch in der Verselbständigung von „Verfassungstheorien“⁷ oder „Verfassungslehren“,⁸ die sich allenfalls in ihrem Gegenstand – der Verfassung – nicht aber in ihren Methoden und ihrer disziplinären Verortung gleichen. Zum Teil knüpfen sie an die Tradition der allgemeinen Rechtslehre oder allgemeinen Staatslehre an und arbeiten dementsprechend als Theorie des positiven Verfassungsrechts Grundbegriffe und -prinzipien geltender Verfassungen abstrakt und/oder vergleichend heraus.⁹ Daneben stehen ethisch grundierte Verfassungslehren/-theorien, die sich mehr oder weniger umfangreich aus dem Traditionsbestand philosophischen Denkens bedienen¹⁰ oder sich gleich als Theorie „vom guten und gerechten Staat“¹¹ bezeichnen, sich der Kulturwissenschaft zuordnen¹² (→ § 11) oder bewusst auf eine disziplinäre Abgrenzung verzichten¹³.

In dieser unübersichtlichen disziplinären Gemengelage war für das vorliegende Werk 6 eine pragmatische Abgrenzung notwendig. In einem weiten Sinne philosophische Grundlagen des Verfassungsrechts sind auf zwei Kapitel aufgeteilt. Während sich § 2 mit theoretischen Zugängen zum Verfassungsrecht befasst, konzentriert sich dieser Abschnitt auf die praktische Frage nach Gerechtigkeitsanforderungen an Verfassungsnormen, um dieser bedeutsamen Traditionslinie philosophischen Denkens angemessenen Raum zu geben. Ausgelotet wird damit der Beitrag der politischen Philosophie und der Ethik zum Verständnis des Verfassungsrechts.

Schon hier treffen wir allerdings auf das erste grundlegende Problem: Jedenfalls die 7 geschriebene, formell als oberste Rechtsquelle einer politischen Gemeinschaft verabschiedete Verfassung trifft politische und – insbesondere durch die Verrechtlichung von Grund- und Menschenrechten – auch ethische Grundentscheidungen mit den Mitteln des Rechts. In der Folge werden auch Fragen der politischen Philosophie und der Ethik zu Gegenständen rechtswissenschaftlicher Erörterung und (verfassungs-)gerichtlicher

vermisste Leviathan, 2008; zur Interdisziplinarität der vor allem von Georg Jellinek geprägten Allgemeinen Staatslehre *T. Vesting*, Staatstheorie, 2008, § 1 Rn. 16.

6 *J. Hänni*, Rechtsphilosophie in a Nutshell, 2019, S. 1 („Reflexion über Gerechtigkeit“; „archetypische Gerechtigkeitsfragen“); *A. Kaufmann*, Rechtsphilosophie, 2. Aufl. 1997, S. 7 („Lehre von der Gerechtigkeit“); *G. Radbruch*, Rechtsphilosophie (1932), 5. Aufl. 1956, S. 97 S. aber auch schon aus der Literatur des 19. Jahrhunderts *F. J. Stahl*, Philosophie des Rechts, Bd. I: Geschichte der Rechtsphilosophie, 5. Aufl. 1878, S. 1: „Rechtsphilosophie ist die Wissenschaft des Gerechten.“

7 *M. Jestaedt*, in: Depenheuer/Grabenwarter (Hrsg.), Verfassungstheorie, 2010, § 1; *M. Morlok*, Was heißt und zu welchem Ende studiert man Verfassungstheorie?, 1988.

8 *C. Schmitt*, Verfassungslehre (1928), 11. Aufl. 2017; *U. Volkmann*, Grundzüge einer Verfassungslehre der Bundesrepublik Deutschland, 2013.

9 Explizit an die allgemeine Staatslehre anknüpfend *M. Jestaedt*, in: Depenheuer/Grabenwarter (Hrsg.), Verfassungstheorie, 2010, § 1 Rn. 5; in diese Richtung auch *M. Morlok*, Was heißt und zu welchem Ende studiert man Verfassungstheorie?, 1988, S. 22 f.

10 *O. Depenheuer*, in: ders./Grabenwarter (Hrsg.), Verfassungstheorie, 2010, § 16; *U. Volkmann*, Grundzüge einer Verfassungslehre der Bundesrepublik Deutschland, 2013; thematisch begrenzt auf die Grundrechte *R. Alexy*, Theorie der Grundrechte, 1986.

11 S. den Untertitel bei *P. Mastroradi*, Verfassungslehre. Allgemeines Staatsrecht als Lehre vom guten und gerechten Staat, 2007, sowie ebd., S. 84 ff. zur „politischen Ethik“.

12 *P. Häberle*, Verfassungslehre als Kulturwissenschaft, 2. Aufl. 1998; s. auch *ders.*, Europäische Verfassungslehre, 7. Aufl. 2011, S. 4 ff.; *T. Vesting*, Staatstheorie, 2018, § 1 Rn. 41 ff.

13 *U. Volkmann*, Grundzüge einer Verfassungslehre der Bundesrepublik Deutschland, 2013, S. 2.

Entscheidung.¹⁴ In der Bundesrepublik verstärkt das Bundesverfassungsgericht diese Tendenz, indem es das Grundgesetz in ständiger Rechtsprechung zu einer Quelle der Erkenntnis von ‚Verfassungswerten‘ macht, die in einem dauernden Prozess der ‚praktischen Konkordanz‘ anhand wechselnder Einzelfälle immer wieder neu in ‚schonenden Ausgleich‘ zu bringen seien (→ Rn.37 ff.). Zumindest implizit wird das Verfassungsrecht damit zu einem Schauplatz einer Suche nach politischer und individueller Gerechtigkeit im Gewand der Verfassungsmäßigkeit (im Wesentlichen) hoheitlicher Akte.

- 8 Angesichts eines werttheoretisch aufgeladenen Verfassungsrechts lässt sich fragen, ob der Rechtsphilosophie im Sinne einer reflektierten Suche nach Maßstäben für gerechte Entscheidungen überhaupt noch ein eigenständiger Bereich verbleibt, oder ob sie – jedenfalls in Deutschland – mittlerweile von Verfassungsrechtswissenschaft, Verfassungstheorie und allgemeiner Staatslehre absorbiert wird. Diese Frage stellt sich allerdings nicht nur in der Rechtsphilosophie. Die Philosophie, die als ‚Suche nach Weisheit‘ ursprünglich jede Form der Welterkenntnis umfasste, muss sich seit Langem praktisch alle ihre konkreten Erkenntnisgegenstände – etwa das Recht, die Erziehung, die menschliche Seele, die Gesetze der Natur – mit den Einzelwissenschaften teilen.
- 9 Die Besonderheit philosophischen Denkens liegt insofern nicht im Gegenstand seiner Erkenntnis, sondern in dem Anspruch, eine abstrakte, umfassende Perspektive einzunehmen. Philosophie tritt zu ihren Gegenständen in eine reflexive Distanz.¹⁵ Damit ist nicht zwingend die Perspektive einer externen Beobachterin gemeint. Rechtsphilosophische Überlegungen können auch aus der Teilnehmerperspektive einer praktisch oder wissenschaftlich arbeitenden Juristin angestellt werden. Entscheidend ist, ob die Überlegungen den Rahmen überschreiten, den das positive Recht setzt. In diesem Sinne arbeitet Rechtsphilosophie außerrechtliche normative Maßstäbe heraus, die an geltendes Recht und Rechtspraxis angelegt werden können. Sie fragt nach Gründen, mit denen bestehende (hier: verfassungsrechtliche) Phänomene gerechtfertigt werden können. Gleichzeitig reflektiert und debattiert Rechtsphilosophie ihre eigenen Maßstäbe. Sie stellt sich in ihrem praktischen Zweig also dem Problem, was Gerechtigkeit im Hinblick auf die Ordnung einer politischen Gemeinschaft überhaupt bedeuten kann. Auf einer vergleichbaren Meta-Ebene kann und muss Rechtsphilosophie zudem fragen, ob die Trennung rechtlicher und außerrechtlicher Argumente überhaupt gelingen kann – ein Problem, das sich gerade auf dem Gebiet des Verfassungsrechts mit besonderer Schärfe stellt und üblicherweise anhand der begrifflichen Gegensatzpaare ‚Recht und Moral‘, ‚Positivismus und Nichtpositivismus‘ oder ‚Positivismus und Naturrecht‘ verhandelt wird (→ Rn.29 ff.).
- 10 Was bedeutet dies konkret für die Rechtsphilosophie als einer Grundlage des Verfassungsrechts, um es auf das Thema dieses Bandes zuzuspitzen? Gerechtigkeitserwägungen betreffen im verfassungsrechtlichen Kontext einerseits die abstrakte Frage nach denjenigen Bedingungen, die eine Verfassung – im Sinne der rechtlichen Grundlage der Ordnung einer politischen Gemeinschaft (→ Rn.50 ff.) – als gut, richtig oder gerecht erscheinen lassen. Sie nehmen also die Verfassung als Gesamtgefüge, als Konzept einer politischen Ordnung in den Blick.¹⁶ Weiterhin stellen sich Gerechtigkeitsfragen im Verfassungsrecht

¹⁴ C. Möllers, *Der vermisste Leviathan*, 2008, S.39 f.

¹⁵ J. Hänni, *Rechtsphilosophie in a Nutshell*, 2019, S.1; A. Kaufmann, *Rechtsphilosophie*, 2. Aufl.1997, S.8; als „externe Perspektive“ bei D. v. d. Pfordten, *JZ* 2004, S.157 (158).

¹⁶ S. in diese Richtung z.B. H. Bielefeldt, *Zum Ethos der menschenrechtlichen Demokratie*, 1991; T. Herbst, *Legitimation durch Verfassungsgebung*, 2003; G. Maluschke, *Philosophische Grundlagen des demokratischen Verfassungsstaates*, 1982; P. Unruh, *Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes*, 2002.

im Vergleich zu anderen Rechtsbereichen bei außerordentlich vielen Vorgängen der Auslegung und Anwendung von Verfassungsnormen. Die abstrakten Grundbegriffe des Verfassungsrechts – ‚Freiheit‘, ‚Gleichheit‘, ‚Demokratie‘, ‚Rechtsstaat‘ etc. – entstammen in ihren wesentlichen Bedeutungsgehalten der politischen Philosophie. Sie werden aus diesem Grund auch als Grenzbegriffe bezeichnet, die jedenfalls ideengeschichtlich und im alltagssprachlichen Verständnis über die positivrechtliche Ebene hinaus in die ethischen Grundlagen des Rechts ausgreifen.¹⁷ Die Grund- und Menschenrechte gehen auf ethische Forderungen zurück und werden bis heute in der Philosophie der Menschenrechte diskutiert. Gleiches gilt für grundlegende staatsorganisationsrechtliche Strukturen wie die Gesetzesbindung der staatlichen Gewalt, die Gewaltenteilung, die Verfahren demokratischer Repräsentation und die Sozialstaatlichkeit. Auch wenn sich der Bedeutungsgehalt dieser Begriffe und Grundsätze im Zuge der Verfassungsinterpretation bis zu einem gewissen Grad in Rechtsprechung und Rechtswissenschaft verselbständigt, können sie ohne den ideengeschichtlichen Kontext kaum adäquat erfasst werden.

Rechtsphilosophie hat hier die Aufgabe, verfassungsrechtliche Begriffsbildung und Argumentation kritisch zu rekonstruieren, etwa indem sie sie in den ideengeschichtlichen und aktuellen philosophischen Kontext einordnet, unausgesprochene Hintergrundannahmen offenlegt oder Widersprüche aufzeigt. Dies kann auf unterschiedliche Art und Weise geschehen (s. dazu noch sogleich unter 2): Die Philosophie kann Begriffe in ihren ideengeschichtlichen Kontext stellen und dadurch sowohl die Begriffe selbst als auch grundlegende Kontroversen um ihre Bedeutung verständlicher machen. Sie kann verfassungsrechtliche Argumente auf ihre Plausibilität hin überprüfen sowie systematische Zusammenhänge aufzeigen, die mit rechtsdogmatischen Mitteln nicht umfassend aufgearbeitet werden können. Schließlich kann die Interpretation des Verfassungsrechts in aktuellen Kontroversen von Paralleldebatten in Ethik und politischer Philosophie profitieren. In diesem Sinne ist die rechtsphilosophische Betrachtung des Verfassungsrechts eine von vielen Möglichkeiten der interdisziplinären Zusammenarbeit, die andere Zugänge keineswegs ausschließt. 11

II. Zugänge

Die Rechtsphilosophie hat mit dem Recht einen spezifischen Gegenstand, ist aber auf keine bestimmte Methode festgelegt. Philosophie sucht nach allgemeiner, grundlegender, möglicherweise wahrer oder zumindest kohärenter Erkenntnis.¹⁸ Zwangsläufig fragt sie auch danach, ob eine solche Erkenntnis überhaupt möglich ist. Es gibt daher keine einheitliche philosophische Methode, sondern unterschiedliche Wege der Reflexion über die Möglichkeiten der Erkenntnis.¹⁹ Vielfalt prägt dementsprechend auch die methodischen Zugänge der Rechtsphilosophie. 12

¹⁷ H. Bielefeldt, *Zum Ethos der menschenrechtlichen Demokratie*, 1991, S. 9.

¹⁸ R. Alexy, in: Brugger/Neumann/Kirste (Hrsg.), *Rechtsphilosophie im 21. Jahrhundert*, 2008, S. 11 (12): „Philosophie ist allgemeine und systematische Reflexion darüber, was es gibt, was getan werden soll oder gut ist und wie Erkenntnis von beidem möglich ist.“; ebd., S. 24: bezeichnet er seine eigene Theorie der juristischen Argumentation als „speziellen Fall des allgemeinen praktischen Argumentierens“.

¹⁹ Zum Einstieg in das Thema s. z. B. J. Pfister, *Werkzeuge des Philosophierens*, 2. Aufl. 2015; H. Tetens, *Philosophisches Argumentieren*, 4. Aufl. 2014; T. Williamson, *Philosophical Methods: A Very Short Introduction*, 2020; G. W. Bertram (Hrsg.), *Philosophische Gedankenexperimente*, 3. Aufl. 2018.

1. Wege philosophischer Erkenntnis

- 13 Eine wichtige methodische Grundlage der Philosophie ist die Logik, d.h. die Wissenschaft vom Urteilen und Schließen. Eine zentrale Vorgehensweise ist die Analyse, d.h. die Zergliederung des Gegenstands mit dem Ziel, sowohl grundlegende Elemente aufzufinden als auch übergreifende Zusammenhänge deutlich zu machen. Analytisches Vorgehen kann sich auf unterschiedliche Elemente des Denkens bzw. Arten von Äußerungen beziehen, etwa um Begriffe zu klären, Argumente zu rekonstruieren, nach Beweisen zu suchen oder Intuitionen, Leitbilder und Hintergrundannahmen zu reflektieren.
- 14 Philosophisches Denken vermittelt sich – wie auch die Wissenschaft vom Recht – überwiegend über Sprache, d.h. die Auseinandersetzung mit sprachlichen Äußerungen, zumeist vermittelt in Texten. Insbesondere in der analytischen Sprachphilosophie des späten 19. und des 20. Jahrhunderts wird auf die konstitutive und konstruktive Bedeutung von Sprache hingewiesen; sie wird dann selbst zum Untersuchungsgegenstand der Philosophie.²⁰
- 15 Philosophische Positionen werden häufig anhand der Analyse grundlegender Begriffe entwickelt, weil Begriffe – wie immer man sie ontologisch einordnet – die grundlegenden Elemente des Denkens und Sprechens darstellen, über deren Bedeutung man sich klar werden muss, wenn man überhaupt rationale Aussagen treffen möchte.²¹ Begriffsanalyse zeigt sich in der Rechtstheorie etwa in der Suche nach notwendigen und hinreichenden Merkmalen des Rechtsbegriffs, in Ethik und politischer Philosophie in der Auseinandersetzung mit konkreteren Begriffen wie Würde, Freiheit, Gleichheit oder Staat.
- 16 Die Geschichte der Philosophie hat viele kreative Ideen hervorgebracht, um Zusammenhänge zu veranschaulichen. *Platon* entwickelt seine politische Philosophie in den überlieferten Schriften im (fiktiven) Dialog („Sokratisches Gespräch“). Erkenntnistheoretische Grenzfragen und ethische Dilemmata werden häufig anhand von Analogien, Gleichnissen und Gedankenexperimenten verhandelt, von denen einige den Status klassischer Bezugspunkte philosophischen Denkens erlangt haben. Wiederum *Platon* veranschaulicht seine Erkenntnistheorie in einer Reihe von Gleichnissen, von denen das ‚Höhlengleichnis‘ das bekannteste sein dürfte.²² *Jarvis Thomson* hat mit dem Bild des berühmten Geigers, der neun Monate lang an den Blutkreislauf eines anderen Menschen angeschlossen wird, eine prägende Analogie zum Problem des Schwangerschaftsabbruchs geschaffen.²³ *Foots* Konstruktion des ‚Trolley Problems‘, wird immer wieder herangezogen, um schwierige Entscheidungssituationen zu debattieren, bei denen von mehreren Betroffenen nur einige gerettet werden können.²⁴ Die politische Philosophie durchzieht mit der Figur des Gesellschaftsvertrags ein wirkmächtiges Gedankenexperiment.²⁵

20 Zu den Schlüsselwerken der analytischen Sprachphilosophie gehören etwa *G. Frege*, Zeitschrift für Philosophie und Philosophische Kritik 100 (1892), S. 5–50; *L. Wittgenstein*, Tractatus logico-philosophicus, 1918; *ders.*, Philosophische Untersuchungen, 1953; *W. V. O. Quine*, Word and Object, 1969; *J. L. Austin*, How To Do Things With Words, 1962; *J. Searle*, Speech Acts, 1969.

21 Vgl. *R. Alexy*, Theorie der Grundrechte, 1986, S. 32: „Begrifflich-analytische Klarheit ist eine elementare Rationalitätsbedingung jeder Wissenschaft. In den praktischen Disziplinen, die nur sehr mittelbar durch empirische Erfahrungen kontrolliert werden, hat dies Postulat eine gesteigerte Bedeutung.“

22 *Platon*, Politeia, Buch VII, 514a ff.

23 *J. J. Thomson*, Philosophy and Public Affairs 1 (1971), S. 47–66.

24 *P. Foot*, Oxford Review 5 (1967), S. 5–15; s.a. *J. J. Thomson*, The Monist 59 (1976), S. 204–217.

25 Schlüsselwerke zu gesellschaftsvertraglichen Theorien sind etwa *T. Hobbes*, Leviathan, 1651; *S. Pufendorf*, Über die Pflichten des Menschen und des Bürgers nach dem Gesetz der Natur, 1673, Buch II Kap. 6;

Philosophie ist schließlich nicht zwingend rein theoretische Denkarbeit („Armchair Philosophy“), sondern öffnet sich in vielfältiger Weise den empirischen Erkenntnissen anderer Disziplinen.

Gerade im Verfassungsrecht entfalten auch ideengeschichtliche Zugänge eine wesentliche Bedeutung. Die Rekonstruktion der Bedeutung eines Begriffs oder einer Norm anhand ihrer vorverfassungsrechtlichen, ggf. eben auch außerrechtlichen Genese, kann einen wesentlichen Beitrag zur Auslegung verfassungsrechtlicher Begriffe und Regelungen leisten. **17**

Im Übrigen besteht ein Zusammenhang zwischen Erkenntnisziel und -methode. Die Rechtsphilosophie ist von unterschiedlichen Denkrichtungen der allgemeinen Philosophie geprägt, deren erkenntnistheoretische Fundierungen sie damit zumindest implizit rezipiert. Im Zentrum erkenntnistheoretischer Kontroversen steht die Frage, was überhaupt Gegenstand der menschlichen Erkenntnis sein kann. Erkenntnistheoretische Fragen nach den Möglichkeiten und Grenzen der menschlichen Erkenntnis sind Gegenstand der theoretischen Philosophie. Sie zeigen sich in der Rechtsphilosophie in ihrem theoretischen Zweig beispielsweise in der Suche nach einem allgemeinen Begriff des Rechts oder auch in der wissenschaftstheoretischen Frage nach dem Erkenntnisziel der Rechtswissenschaft (→ § 2). **18**

2. Ethik

In der Ethik lassen sich theoretische und normative Zugänge unterscheiden: Die theoretische Ethik (Metaethik) sucht nach den theoretischen Grundlagen der Moral. Sie fragt etwa danach, ob moralische Aussagen überhaupt wahrheitsfähig sind, oder welchen ontologischen Status Normen und Werte haben.²⁶ Die normative Ethik trifft bewertende Aussagen über handlungsleitende Gründe, also etwa über Normen, Regeln, Wertungen und Überzeugungen. Viele ethische Überlegungen enthalten deskriptive Elemente. Sie beschreiben tatsächliche Moralvorstellungen, Debattenlagen oder Argumentationsmuster, um sie anschließend zu analysieren, zu interpretieren oder zu vergleichen. **19**

Man kann sich diese Struktur ethischen Denkens anhand dreier Ebenen anschaulich machen:²⁷ Auf einer primären Ebene liegen die faktischen Gründe, die für Menschen (oder auch andere Akteure) handlungsleitend sind. Diese Ebene wird von einigen als ‚Moral‘ von der ‚Ethik‘ unterschieden, andere verwenden diese Wörter synonym. Die sekundäre Ebene ist die der normativen Ethik, die sich mit der Kritik und Rechtfertigung der primären moralischen Gründe befasst. Auf der tertiären Ebene der Metaethik geht es darum, wie moralische Gründe überhaupt zustande kommen und welchen ontologischen Status sie haben. **20**

Die normative Ethik versucht die Frage zu beantworten, unter welchen Umständen menschliches Handeln gerechtfertigt ist. Sie bezieht sich im Wesentlichen auf intersubjektives Handeln, indem sie etwa Pflichten erörtert, die Menschen gegenüber anderen haben. Ethische Probleme kann aber auch der Umgang des einzelnen Menschen mit sich **21**

J. Locke, Zwei Abhandlungen über die Regierung, 1689; *J.J. Rousseau*, Über den Gesellschaftsvertrag, 1762; *M. Wollstonecraft*, A Vindication on the Rights of Woman, 1792; *I. Kant*, Metaphysik der Sitten, 1797/1798, § 44; *J. Rawls*, A Theory of Justice, 1971.

²⁶ Für einen Überblick *C. Halbig*, in: Sandkühler (Hrsg.), Enzyklopädie Philosophie, Bd.2, 2010, S.1575–1580.

²⁷ *D. v. d. Pfordten*, Normative Ethik, 2010, S.1ff.

selbst sowie mit der belebten und unbelebten Natur aufwerfen. Die normative Ethik hat darum eine Fülle an Anwendungsfeldern. Die Rechtsethik wird in Überblicksdarstellungen und Handbüchern häufig als eines von mehreren Gebieten der angewandten Ethik behandelt. Jedoch befasst sich auch das Recht generell mit menschlichem Handeln. Rechtsethik steht darum im Austausch mit anderen Bereichsethiken, etwa der Bioethik oder der Natur- und Technikethik.

- 22 Die unterschiedlichen theoretischen Ausgangspunkte der Ethik umfassend darzustellen, ist an dieser Stelle nicht möglich. Für das Verständnis gegenwärtiger rechtsethischer Kontroversen ist es aber zumindest hilfreich, deontologische, konsequentialistische und tugendethische Ansätze erkennen und unterscheiden zu können.
- 23 Deontologische Ethiken haben individuelle Pflichten zum Gegenstand. Sie werden deswegen auch ‚Pflichtenethik‘ genannt. Sie fragen danach, was es bedeutet, eine ‚Pflicht‘ zu haben, wem oder was gegenüber Menschen Pflichten haben können und wie sich Pflichten gegenüber anderen (einschließlich menschlichen Kollektiven sowie der belebten und unbelebten Natur) rechtfertigen lassen. Im Mittelpunkt der Pflichtenethik steht die Qualität des menschlichen Handelns, während den Folgen dieses Handelns weniger Bedeutung zugemessen wird. Ein paradigmatisches Beispiel für eine deontologische Ethik ist die Philosophie *Immanuel Kants* (auch wenn er sie selbst ‚Tugendlehre‘ nennt): Für *Kant* ist eine Handlung gut, wenn sie von einem guten Willen getragen wird. Der gute Wille wiederum zeichnet sich aus durch das Bewusstsein einer Pflicht.²⁸ Ob die pflichtgetreue Handlung gute oder schlechte Folgen hat, ist für *Kant* vollkommen bedeutungslos, weil die Folgen menschlicher Handlungen vom Zufall abhängen und also nicht bewusst gesteuert werden können. Die handlungsbezogene Perspektive hat auch für den Begriff der Verantwortung Konsequenzen: Verantwortung trägt der Mensch nach einer konsequenten deontologischen Theorie nur für sein Handeln, nicht aber für dessen Folgen, weil er sie nicht kontrollieren kann.
- 24 Demgegenüber stellen konsequentialistische Ethiken die Folgen des Handelns in den Vordergrund. Eine Handlung ist für sie dann gut, wenn sie gute Folgen zu bewirken verspricht. Eine klassische Variante des Konsequentialismus ist der Utilitarismus. Er bewertet Handlungen positiv, wenn sie Glück oder Lust erzeugen, und negativ, wenn sie Schmerz oder Leid verursachen. Viele utilitaristische Theorien stellen auf einen Gesamtnutzen ab, in einer klassischen Formulierung auf das „größte Glück der größten Zahl“²⁹. Der Utilitarismus ist eine konsequentialistische Theorie, nicht alle konsequentialistischen Theorien aber sind utilitaristisch.
- 25 Die Tugendethik verweist auf die allgemeine Haltung, auf deren Grundlage Menschen entscheiden und handeln. Mit der ‚Haltung‘ ist mehr gemeint als nur der Wille: Für tugendethische Theorien ist es die charakterliche Disposition, die den Menschen dazu bringt, sich unter wechselnden äußeren Bedingungen zuverlässig für das Gute zu entscheiden. Klassischer Bezugspunkt moderner Tugendethiken ist *Aristoteles*. Eine Tugend (*arete*) ist nach *Aristoteles* keine Eigenschaft, sondern eine vernunftbestimmte Haltung (*hexis*), die der Mensch durch Erziehung und Übung erwirbt. Der Mensch macht sich auf

28 *I. Kant*, Grundlegung zur Metaphysik der Sitten, in: ders., *Kant's gesammelte Schriften*, Bd. IV, hrsg. von der Königl. Preuß. Akademie, 1911, S. 393.

29 *J. Bentham*, A Fragment on Government, 1891, S. 93; *J. S. Mill*, in: *Mill/Philp/Rosen* (Hrsg.), *On Liberty, Utilitarianism and Other Essays*, 2015, S. 115, 125.

diese Weise gutes Handeln nicht nur zur Gewohnheit, sondern erwirbt die notwendige Urteilskraft, um das Gute erkennen und ihm gemäß handeln zu können.³⁰ Moderne Tugendethiken knüpfen an den aristotelischen Gedanken an, gutes Handeln als das Ergebnis praktischer Klugheit zu verstehen, die in einem Zusammenspiel aus vernünftiger Einsicht und Übung zustande kommt.³¹

In der angewandten Ethik führen die unterschiedlichen Ausgangspunkte oft zu unterschiedlichen Antworten auf konkrete Probleme. Um lagerübergreifend akzeptable Lösungen zu finden, versuchen kohärentistische Ansätze, wesentliche Gemeinsamkeiten der Theoriefamilien oder Denkschulen aufzuzeigen, die als Grundlage konkreter Debatten als konsensfähig angesehen werden. Die unterschiedlichen ethischen Konzeptionen müssen auf dieser Grundlage nicht mehr im Hinblick auf ihre Letztbegründung hinterfragt werden, sondern lediglich vordergründiger auf ihre innere Widerspruchsfreiheit (Kohärenz).³² 26

3. Politische Philosophie

Die politische Philosophie, die auch ‚Sozialphilosophie‘ genannt wird, befasst sich mit den Bedingungen einer guten oder gerechten Ordnung des menschlichen Zusammenlebens. Politische Philosophie in diesem Sinne ist im Wesentlichen normativ, was die deskriptive Beobachtung und Beschreibung existierender Normensysteme als Ausgangspunkt normativer Überlegungen aber nicht ausschließt.³³ Politische Philosophie ist nicht gleichbedeutend mit einer Philosophie des Staates, da zwar jeder Staat eine politische Gemeinschaft, nicht jede politische Gemeinschaft aber ein Staat ist. Auch vorstaatliche Zusammenschlüsse von Menschen wie Familien, Sippen und Stammesgesellschaften können Gegenstand der politischen Philosophie sein. Staaten sind zudem nicht erst in der Gegenwart in vielfältige zwischen- und überstaatliche Beziehungen eingebunden. 27

Ein zentrales Thema der politischen Philosophie ist die Legitimation von Herrschaft und der mit ihr einhergehenden Zwangsbefugnisse. Die Legitimität von Herrschaft kann grundsätzlich in Frage gestellt werden, einerseits als Unmöglichkeit in der Sache (Anarchismus), andererseits als Unmöglichkeit in der Begründung (Postmodernismus, Dekonstruktivismus). Daneben analysiert und bewertet politische Philosophie Formen und Institutionen politischer Ordnungen, fragt also etwa nach der Rechtfertigung demokratischer Verfahren, nach dem Verhältnis von Individuum und Gemeinschaft, der theoretischen Begründbarkeit von Menschen- und Bürgerrechten, nach sozialen Rechten etc. Einige dieser Probleme werden im Folgenden exemplarisch behandelt. 28

³⁰ *Aristoteles*, Nikomachische Ethik, 1103a, 10 ff.

³¹ Grundlegend für die moderne Tugendethik *A. Anscombe*, *Philosophy* 33 (1958), S.1–19; *P. Foot*, *Virtues and Vices and Other Essays in Moral Philosophy*, 2. Aufl. 2002.

³² Vgl. insb. für die Bio- und Medizinethik *B. Schöne-Seifert*, in: Nida-Rümelin (Hrsg.), *Angewandte Ethik*, 2. Aufl. 2005, S.701 ff.

³³ S. nur die umfangreichen verfassungsvergleichenden Studien bei *Aristoteles*, *Politik*, Zweites Buch.

C. Themen

I. Recht und Moral

29 Eine genuin rechtsphilosophische Auseinandersetzung betrifft das Verhältnis von Recht und Moral. Hier werden rechtspositivistische und nichtpositivistische (ideengeschichtlich auch ‚naturrechtlich‘ genannt) Auffassungen unterschieden. Der Gegensatz hat unter anderem Auswirkungen auf den Rechtsbegriff und die Geltungslehre sowie auf die Bedeutung außerrechtlicher Argumente bei der Auslegung des positiven Rechts. Positivismus und Nichtpositivismus sind keine methodischen Grundsätze, sondern umfassende Lehren über die Geltungsbedingungen des Rechts, die grundlegend unterschiedliche Zugänge zu dem Begriff des Rechts sowie zu den Methoden der Gesetzesauslegung begründen.

1. Grundpositionen: Rechtspositivismus vs. ‚Naturrecht‘

- 30 Der Rechtspositivismus verneint eine notwendige Verbindung zwischen Recht und Moral (‚Trennungsthese‘). Übereinstimmung mit moralischen Überzeugungen oder ethischen Grundsätzen gehört demnach nicht zu den notwendigen Merkmalen des Rechtsbegriffs. Auf der Ebene der Auslegung von Gesetzen darf folgerichtig nur das gesetzte Recht maßgeblich sein. Ob eine Rechtsordnung moralische Normen inkorporieren kann und ob sie sich dadurch in positives Recht transformieren, ist eine davon zu unterscheidende Frage, die innerhalb des Rechtspositivismus vor allem im angloamerikanischen Raum kontrovers diskutiert wird (inklusive/exklusiver Positivismus, s. → §2 Rn. 64 ff.). Rechtspositivistische Theorien verneinen auch nicht die Möglichkeit, geltendes positives Recht moralisch, politisch oder religiös zu bewerten; sie verlangen lediglich, rechtliche und außerrechtliche Argumente analytisch klar zu trennen.³⁴
- 31 Nichtpositivistische Theorien gehen hingegen von einer notwendigen Verbindung von Recht und Moral aus (‚Verbindungsthese‘). Starke nichtpositivistische Theorien vermuten hinter dem positiven Recht eine naturrechtliche Sollensordnung, die nachzubilden Aufgabe des Gesetzgebers sei.³⁵ Etwa seit dem späten 19. Jahrhundert und jedenfalls mit der Entstehung demokratischer Rechtsordnungen überwiegen gemäßigte nichtpositivistische Theorien. Sie halten die Geltung des formal gültigen positiven Rechts – und damit auch die Bindung der staatlichen Gewalt an die staatlichen Gesetze – dem Grundsatz nach für geboten. Das nichtpositivistische Element macht sich bei ihnen in unterschiedlicher Weise bemerkbar. *Fuller* etwa unterstellt dem Recht eine notwendige innere Moral, die sich auf wesentliche Merkmale wie die Rechtssicherheit und Bestimmtheit des Rechts bezieht.³⁶ *Radbruch* definiert das Recht als eine Gegebenheit, die „der Gerechtigkeit zu dienen bestimmt ist“.³⁷ Nach *Alexy* ist mit dem Recht zumindest generell der Anspruch verbunden, „richtig“ zu sein.³⁸

34 *H. Kelsen*, Reine Rechtslehre, 2. Aufl. 1960.

35 *S. v. Pufendorf*, Über die Pflicht des Menschen und des Bürgers nach dem Gesetz der Natur (1673), hrsg. und. übers. von Luig, 1994.

36 *L. Fuller*, The Morality of Law, 2. Aufl. 1977. Zu einem ausdrücklich als „Naturrecht“ bezeichneten Ansatz, der in der deutschsprachigen Debatte wenig rezipiert wird, s. *J. Finnis*, Natural Law and Natural Rights, 2011.

37 *G. Radbruch*, Rechtsphilosophie (1932), 5. Aufl. 1956, S. 168.

38 *R. Alexy*, in: Brügger/Neumann/Kirste (Hrsg.), Rechtsphilosophie im 21. Jahrhundert, 2008, S. 11

Gesamtstichwortverzeichnis

- Abgeordnete § 8 Rn. 21, 53, 63, 70, 105, 108 f., 119
Abwägung § 3 Rn. 7, 66, 93, 113
Agenda-Setting § 8 Rn. 88 f.
Allgemeine Rechtslehre § 1 Rn. 5
Allgemeine Rechtsprinzipien § 6 Rn. 77
Allgemeine Staatslehre § 1 Rn. 5, 40
Allgemeines Persönlichkeitsrecht § 13 Rn. 62
Analogie § 1 Rn. 16
Analytische Philosophie § 1 Rn. 13
Anarchismus § 1 Rn. 28
Anerkennungsregel § 1 Rn. 73
Ankereffekt § 8 Rn. 29
Anreiz § 8 Rn. 16, 45, 54, 61, 64, 93, 97, 99, 103 f., 110, 113, 151, 161
Antidiskriminierungsrecht § 12 Rn. 6, 15, 17, 20, 23, 31, 40, 65, 69, 71, 75, 76
Antiessentialismus § 12 Rn. 19 ff.
Antisemitismus § 12 Rn. 31, 72
Anwendungsvorrang § 13 Rn. 19
Applikation § 3 Rn. 4, 21, 45, 63
Arbeitsorganisation § 10 Rn. 16, 17, 21, 45, 68, 72
Arbeitsteilung § 5 Rn. 45 ff.
Argumentationslast § 3 Rn. 73, 100 f., 107, 110
Argumentationstheorien § 1 Rn. 11; § 3 Rn. 22 ff.
Aristokratie § 4 Rn. 26
Asylkompromiss § 4 Rn. 45
Ausgestaltung der Grundrechte § 13 Rn. 22
Auslegung § 1 Rn. 1, 29 ff., 44, 48
Auslegung des Verfassungsrechts § 3; § 8 Rn. 67 ff.
Auslegungskanon § 2 Rn. 43, 85, 96; § 3 Rn. 1, 3, 11 f., 32 f., 36, 88 f., 105
Auslegungsmethoden § 3 Rn. 12; § 13 Rn. 23
Ausstrahlungswirkung § 13 Rn. 16
Autorität § 3 Rn. 7, 25, 76, 81, 95 ff., 116
- Beamte § 8 Rn. 63
Beamtentum § 4 Rn. 55, 56
Begriffsbildung § 1 Rn. 11
Begriffsjurisprudenz § 3 Rn. 8, 27
Begründung § 3 Rn. 8, 25 f., 28 f., 52, 61, 88, 99, 102, 105, 106 f., 109, 113, 116
Beweisverwertungsverbot § 13 Rn. 78
- Bias § 8 Rn. 32, 144 f., 154, 167
Bricolage § 6 Rn. 36
Bundesverfassungsgericht § 1 Rn. 7, 35, 40 ff., 54; § 3 Rn. 2, 7, 10, 16, 25, 30 f., 34, 40, 57, 72 ff., 75 ff., 98, 116; § 8 Rn. 36–38, 114–115, 140–141, 155
Bürgerbeteiligung § 8 Rn. 89
Bürokratiemodell nach *Max Weber* § 10 Rn. 21, 65 f., 68 f., 74
- Civil Law § 6 Rn. 28, 78; § 8 Rn. 62
Coase-Theorem § 8 Rn. 106, 148
Common Law § 6 Rn. 28, 78; § 8 Rn. 62
Commonwealth Constitutionalism § 6 Rn. 33
Comparative Constitutionalism § 6 Rn. 1, 4, 6, 10, 50
Comparative Reasoning § 7 Rn. 52 ff.
Condorcet-Paradoxon § 8 Rn. 87
Constitutional Memory § 4 Rn. 48 ff.
Critical Legal Studies § 12 Rn. 1, 2, 4, 5, 6, 25, 30; § 8 Rn. 5
Critical Race Theory/Critical Race Studies § 12 Rn. 1, 2, 3, 20, 26 ff., 32, 37, 44, 47, 49, 51, 52, 65, 69, 70, 75
Cultural turns § 4 Rn. 157; § 11 Rn. 20, 27
- DDR § 1 Rn. 90
Debiasing § 8 Rn. 32, 145, 154
Déclaration de l'homme et du citoyen § 4 Rn. 19
Dekoloniale Ansätze § 6 Rn. 13, 54 ff., 59
Dekonstruktivismus § 1 Rn. 28
Delegation § 3 Rn. 14, 40; § 8 Rn. 117 ff.
Democratic minimum core § 6 Rn. 70, 72
Demokratie § 4 Rn. 26, 27, 37, 51, 61, 136; § 5 Rn. 53, 56, 58 f., 76, 78 ff.
Demokratieabbau § 6 Rn. 9
Demokratiekrise § 9 Rn. 39, 56 ff., 79
Demokratische Regression § 9 Rn. 61 ff., 69
Demokratische Verfahren § 1 Rn. 84 f.
Deutscher Bund § 1 Rn. 63
Differenzfeminismus § 12 Rn. 18, 19, 25
Differenzierung § 5 Rn. 18 ff., 36, 40 ff., 45, 49 f., 57, 80

Gesamtstichwortverzeichnis

- Digitalisierung § 5 Rn.14, 65, 83
Direkte Demokratie § 8 Rn. 76
Diskriminierung § 12 Rn.10, 15, 20, 21, 23, 28 ff.,
38, 51, 54, 57, 64, 65, 67
Dogmatik § 3 Rn.29 f., 55, 81, 84, 99, 107; § 11
Rn. 4 f., 13, 36, 50, 54, 63, 67
Doings and sayings § 11 Rn.32, 94
Don Corleone-Prinzip § 5 Rn. 68
Drei-Reiche-Lehre § 13 Rn.5
Drei-Reiche-Lehre, historische Entwicklung
§ 13 Rn. 6
Drei-Reiche-Lehre, Pfadabhängigkeit § 13
Rn.7
Drei-Reiche-Lehre, Sub(sub)einheiten § 13
Rn.8
Drittwirkung § 13 Rn.15
- Effizienz § 8 Rn. 5, 17–18, 41 ff., 65, 85 f., 106, 148
Ehe § 4 Rn.57, 100, 149 ff.
Ehe für alle § 4 Rn.149 ff.
Eigengesetzlichkeiten des Fachrechts § 13
Rn.82
Eignutztheorem § 8 Rn.13, 15, 32, 49
Eigentum § 4 Rn.33, 57, 91, 131, 136 f., 139 ff.; § 8
Rn. 60, 64, 106, 146–151
Eingerichteter und ausgeübter Gewerbebetrieb
§ 13 Rn. 64
Einheit der Verfassung § 3 Rn.37, 52, 57, 93
Einschätzungsspielraum § 5 Rn.87
Empirie § 5 Rn.24
Empirische Ansätze § 6 Rn.40
Empirische Methoden § 9 Rn.3, 10, 15 ff., 22,
56 ff.
Empirische Sozialforschung § 5 Rn.13 ff.
Empirische Verfassungsrechtswissenschaft § 8
Rn.9, 26, 35 ff., 59, 65, 164 ff.
Enteignung § 13 Rn.37
Entstehungsgeschichte des Grundgesetzes § 1
Rn.32, 44 ff.; § 4 Rn.86 ff.
Entstehungszeitliche Auslegung § 3 Rn.40 f.,
72, 111
Entwicklungsgeschichte § 4 Rn.94 ff., 157
Entwicklungsoffenheit der Verfassung § 3
Rn.40, 68, 74
Erinnerungskultur § 11 Rn.10, 79, 85, 119
Erkenntnisinteresse § 5 Rn.2, 11, 16, 25 ff.
Erkenntnistheorie § 1 Rn.16, 18, 40
Ermessensausübung § 5 Rn.87
Erzeugungsnorm § 13 Rn.11
Ethik § 1 Rn.23 ff.
Ethnografie § 5 Rn.69
Europäische Grundrechte-Charta § 4 Rn.65
Europäische Menschenrechtskonvention § 4
Rn.56, 65, 112, 134
Europäische Union § 4 Rn.44, 65, 111; § 8
Rn.104, 120; § 10 Rn.18, 24, 26, 36 f., 42, 46, 60,
62, 66, 71 f., 75, 80
Europäische Verfassungsvergleichung § 7
Rn.47 ff.
Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
§ 6 Rn.74, 80 ff.
Europäisches Mandat § 7 Rn.35 ff.
Europäisches Verfassungsrecht § 7 Rn.8 ff.
Europäisierung § 13 Rn.19, 31
Europarechtsfreundlichkeit § 3 Rn.86, 94
Europarechtswissenschaft § 7 Rn.89 ff.
European Consensus § 6 Rn.74, 80
Ewigkeitsgarantie § 4 Rn.59 ff., 95, 135 ff.
Ewigkeitsklausel § 3 Rn.71 ff.; § 8 Rn.114
Experimentelle Verfassungsrechtswissenschaft
§ 8 Rn.27, 33 f., 38 f., 156
Expressivistische Ansätze § 6 Rn.25 f.
- Fachrechtliche Präigungen § 13 Rn.28
Fachsäulen § 13 Rn.5
Fairness § 8 Rn.41, 43, 52
Falsifikation § 3 Rn.14, 22 f., 26 f., 106 ff., 109 ff.
Feminismus § 12 Rn.11 ff., 27, 49, 65, 70
Feministische Rechtswissenschaft § 12 Rn.2, 3,
11 f., 43, 49, 52, 65, 67, 69, 70
Fokalkpunkt § 8 Rn.81, 133
Folgenerwägungen § 3 Rn.103
Folgerichtigkeit § 13 Rn.39
Fourth branch-Institutionen § 6 Rn.9
Fraktionen (als Organisationen) § 10 Rn.19, 22,
32, 38, 41 f., 51, 52 ff., 86
Framing § 8 Rn.28, 144, 152
Freies Mandat § 8 Rn.63
Freiheit § 9 Rn.20, 30, 34, 44 f., 58, 67 f., 70
Freiheitsrechte § 1 Rn.93
Funktionale Ansätze § 6 Rn.22 ff.
Funktionalismus § 4 Rn.125 ff.
Funktionsfähigkeit § 3 Rn.103
- Gedächtnisforschung § 11 Rn.77 f., 80, 86 ff.,
111, 125
Gedankenexperiment § 1 Rn.16
Gegenstand der Philosophie § 1 Rn.4
Geisteswissenschaftliche Methoden § 3 Rn.9
Geltungszeitliche Auslegung § 3 Rn.72, 74, 111
Gemeineuropäisches Verfassungsrecht § 7
Rn.2
Gemeinwohl § 8 Rn.22, 46, 61, 105, 119, 150
Gender Studies § 12 Rn.1, 3, 22 f., 24, 37

- Genetische Auslegung § 3 Rn.36 f., 92, 96
 Gerechtigkeit § 1 Rn.1, 5 ff., 10, 36, 39; § 2 Rn. 8, 22, 28, 99, 139; § 3 Rn.12 f., 41, 47, 57 f., 104; § 9 Rn.18, 28 f., 45, 51, 67
 Gerechtigkeitsanspruch § 3 Rn.58
 Gerechtigkeitsordnung § 3 Rn.57 f.; § 11 Rn.51, 88, 91
 Gerichte § 8 Rn.62, 67, 107, 122, 139–143, 149
 Geschichtsphilosophie § 4 Rn.39 ff.
 Gesellschaftlicher Konstitutionalismus § 5 Rn.2, 9, 68, 90 ff.
 Gesellschaftstheorie § 5 Rn.3, 17 ff., 93
 Gesellschaftsvertrag § 1 Rn.16, 65 f., 76 ff., 91; § 5 Rn.40; § 8 Rn.25, 98 ff.
 Gesetzesbindung § 1 Rn.10, 69
 Gesetzgebungsaufträge § 13 Rn.21
 Gesetzgebungsverfahren § 8 Rn.25, 36, 67, 105, 107, 114, 139
 Gewalt § 12 Rn.12 ff., 17, 20, 22, 29, 30, 32, 33, 51, 61 ff., 64, 65, 67, 70
 Gewaltenteilung § 1 Rn.10, 61, 63, 68, 76; § 3 Rn.2, 31, 39, 68, 69, 71, 74 f., 79, 82; § 9 Rn.43 ff., 57, 62 ff.
 Gleichheit § 8 Rn.17, 43, 95, 154
 Gleichheitsrechte § 1 Rn.93
 Gleichnis § 1 Rn.16
 Globaler Süden § 6 Rn.51 ff., 58
 Globalsteuerung § 4 Rn.117
 Governance § 9 Rn.14; § 10 Rn.3 ff., 11 f., 21, 37, 77, 79, 83
 Grenzbegriff § 1 Rn.10
 Grundgesetz § 1 Rn.7, 33, 37, 51, 62, 70, 82, 91
 Grundnorm § 1 Rn.73; § 2 Rn.79, 86, 117 f.; § 3 Rn.61
 Grundordnung, freiheitliche demokratische § 4 Rn.51, 96
 Grundrechte § 1 Rn.7, 10, 84, 89; § 4 Rn.20, 31, 65, 111 ff.; § 8 Rn.67, 81, 140 f.
 Habitus § 5 Rn.71
 Haushaltsgesetz § 8 Rn.88, 108, 115
 Hermeneutik § 2 Rn.26, 42, 46 ff., 53 ff., 65, 69, 109, 135, 138; § 3 Rn.12, 14 f., 20 f.
 Hermeneutischer Zirkel § 3 Rn.21
 Herrschaft § 1 Rn.28, 50, 61, 63, 72; § 12 Rn.1, 17, 28, 30, 41, 42, 52, 57, 60, 61 ff., 64, 68
 Heuristik § 8 Rn.32
 Historische Ansätze § 6 Rn.35 ff.
 Hochkultur § 11 Rn.3, 5, 13, 18, 22 ff., 91
 Homo oeconomicus § 8 Rn.15, 27
 Homogenität, gesellschaftliche § 5 Rn.53, 55, 70
 Homonyme § 13 Rn.56 ff.
 Hüter der Verfassung § 3 Rn.76
 Ideengeschichte § 1 Rn.10 f., 17, 40, 45, 47, § 61, 67
 Identität § 11 Rn.34, 39, 46, 53, 78, 83 f., 87, 91, 113, 125
 IGH-Statut § 4 Rn.66
 Ikea-Theorie § 6 Rn.36
 Individualismus § 1 Rn.91 ff.
 Informationsasymmetrie § 8 Rn.97, 99, 118
 Informationshandeln § 8 Rn.132
 Informationskosten § 8 Rn.78, 80 f., 91, 103
 Informationsverarbeitung § 8 Rn.29, 30
 Innere Europäisierung § 7 Rn.43 ff.
 Institution (Begriff) § 10 Rn.5, 8 ff.
 Institutionalität § 11 Rn.39 ff., 100
 Institutionenökonomik (neue) § 8 Rn.23 f., 64, 97, 112
 Institutionentheorie § 11 Rn.17, 36, 43 ff., 51, 54
 Inszenierung § 11 Rn.103, 106
 Integration durch Verfassung § 9 Rn.25 ff., 76
 Integrationslehre § 11 Rn.8, 93, 99
 Interdisziplinarität § 1 Rn.11; § 2 Rn.13, 41, 51; § 4 Rn.158
 Interessengruppen § 8 Rn.90 ff., 124
 Interessenjurisprudenz § 5 Rn.9
 Interessenorganisation § 10 Rn.16, 21, 45, 48, 54, 85
 Interpretation (authentische) § 3 Rn.77
 Intersubjektivität § 3 Rn.2, 21, 24, 26, 28, 86, 88, 94, 97, 104, 107, 116
 Intradisziplinarität § 13 Rn.2, 3, 32, 33, 34, 83
 Introvertiertheit § 6 Rn.11 f.
 Judicial review § 6 Rn.32
 Kausalität § 8 Rn.36, 38 f., 58 f., 69, 138, 155, 164 ff.
 Kind als Schaden § 13 Rn.35
 Klassifikatorische Ansätze § 6 Rn.27 f.
 Klimaschutz § 4 Rn.119
 Kollektive Intentionalität § 3 Rn.39
 Kollektives Gedächtnis § 11 Rn.39, 77 f., 81, 85 f., 88
 Kollektivgüter § 8 Rn.93, 136, 150 f.
 Kollektivismus § 1 Rn.88 ff., 91
 Kollektivität § 8 Rn.53, 73, 75
 Kollidierendes Verfassungsrecht § 3 Rn.113
 Kommunale Selbstverwaltung § 4 Rn.79
 Kommunikationsregeln § 3 Rn.25
 Kommunitaristische Verfassungstheorie § 9 Rn.30 ff.

Gesamtstichwortverzeichnis

- Kompetenzen § 3 Rn. 10, 51, 68, 74, 75, 81
Kompetenznormen § 3 Rn. 51, 68, 74, 96, 110 f.
Komplexität § 5 Rn. 14, 20, 22, 34, 49, 58, 64, 66, 79
Kompromiss § 8 Rn. 21, 90, 105, 107, 143
Konformauslegung § 7 Rn. 66 ff.
Konsens § 3 Rn. 1, 12, 14, 16, 20 f., 40, 47, 58
Konstitutionalisierung § 4 Rn. 14; § 7 Rn. 9 ff.; § 8 Rn. 55, 114; § 13 Rn. 16
Konstitutionalismus § 1 Rn. 56, 63; § 9 Rn. 43 f., 50 ff.
Kontextbedingungen § 11 Rn. 2, 53, 57 f., 60 f., 63, 67 f.
Kontextualisierung § 4 Rn. 36 f., 54, 103, 162 ff.
Kontrolldichte § 3 Rn. 75, 82, 84
Kontrollnorm § 13 Rn. 13
Kopplung von Recht und Politik § 3 Rn. 56
Kritische Rechtswissenschaften/Kritische Verfassungsrechtswissenschaft § 4 Rn. 42; § 12 Rn. 1 ff., 7 ff.
Kulturelles Gedächtnis § 11 Rn. 39, 83 ff., 89, 91, 111, 125
Kulturwissenschaft § 1 Rn. 5
Kulturwissenschaftlich-institutionalistische Verfassungstheorie § 9 Rn. 36 ff.
- Landständische Verfassung § 1 Rn. 63
Langzeitinteressen, gesellschaftliche § 5 Rn. 67
Legal Gender Studies § 12 Rn. 1, 2, 11 ff., 26, 37, 43, 47, 49, 69, 75
Legal transplants § 6 Rn. 36
Legislative § 1 Rn. 76
Legitimation § 3 Rn. 2, 5, § 40 f., 49, 56, 63, 72, 80
Legitimationskette § 5 Rn. 78
Legitimität § 1 Rn. 28, 71 ff., 82 ff., 86 ff.
Leitbilder § 3 Rn. 104
LGBTQIA+ § 12 Rn. 11 ff., 22 ff., 38, 43, 49, 63, 67
Linguistic turns § 11 Rn. 2, 105
Literaturwissenschaft § 3 Rn. 20 f.
Living constitution § 4 Rn. 72, 107
Living originalism § 3 Rn. 14, 40; § 4 Rn. 130
Logik § 1 Rn. 13
Lüth-Entscheidung § 1 Rn. 37; § 4 Rn. 32
- Macht § 9 Rn. 3, 8 f., 10, 15, 20 ff., 28, 34, 41 ff., 43 ff., 53
Machtausübung § 5 Rn. 68, 92
Markt § 8 Rn. 20–21, 24, 45, 50 f., 82, 97, 99, 102, 106, 150
Maßstabsetzende Gewalt § 3 Rn. 75 ff., 80, 98
Maus, Ingeborg § 9 Rn. 43 ff., 62 f., 77
Medianwählertheorem § 8 Rn. 82, 113
- Mehrheitsentscheidung § 1 Rn. 78
Mehrheitsregeln § 8 Rn. 85 ff., 92, 105, 109 f., 111, 114
Meinungsfreiheit § 12 Rn. 65, 70 ff.
Menschenrechte § 1 Rn. 7, 10, 33 f., 63, 84, 89; § 4 Rn. 20, 31, 37, 112, 134
Menschenwürde § 2 Rn. 65, 122, 144; § 4 Rn. 61, 137
Meta-Organisation § 10 Rn. 18, 46, 86
Methoden der Rechtsvergleichung § 6 Rn. 20 f., 48 f., 86
Methodologischer Individualismus § 8 Rn. 11 f., 75, 96
Mnemonische Funktion der Verfassung § 11 Rn. 10, 39, 86, 92
Modelle (ökonomisch) § 8 Rn. 12 ff., 26, 27, 34, 47 ff., 59, 164 ff.
Modernisierung § 5 Rn. 18
Monarchie § 4 Rn. 26
Moral § 1 Rn. 29, 45 ff.; § 3 Rn. 8, 14, 27 f., 55, 57 f.
- Nationalsozialismus § 1 Rn. 33, 35, 58, 89; § 4 Rn. 2, 3, 51, 80 ff., 91
Naturrecht § 1 Rn. 9, 30 ff., 33 f., 63, 67; § 2 Rn. 28 f., 41, 62 ff., 125, 142 f., 147
Naturwissenschaft § 2 Rn. 14, 28, 40, 125, 127, 134
Negative Freiheit § 5 Rn. 51 f.
Neorepublikanismus § 9 Rn. 67 ff.
Neukantianismus § 1 Rn. 39 ff.; § 2 Rn. 29, 127
Nichtpositivierungsnachweis § 3 Rn. 49
Normative Kraft § 11 Rn. 2, 16, 57, 60, 96, 100 f., 110
Normative Kraft der Verfassung § 3 Rn. 42, 100
Normativität § 3 Rn. 10, 14, 16, 40, 45 ff., 59, 88; § 8 Rn. 5, 15, 17 f., 44, 45 ff., 54 f., 65 f., 83, 84, 95, 126, 138, 142, 145, 151 ff., 167 f.; § 11 Rn. 4, 32, 39, 42, 63 f., 68, 93 ff., 99 f., 107, 110 f.
Normtext § 3 Rn. 13 f., 90
Notlage § 4 Rn. 89
Nudging § 8 Rn. 132, 152–158
Nutzen § 8 Rn. 5, 13 ff., 20 ff., 30, 41 ff., 45, 52, 58, 78 f., 108
- Objektive und subjektive Auslegung § 3 Rn. 11 f., 14, 36, 38 ff., 88
Offene Staatlichkeit § 3 Rn. 85
Offenheit von Verfassungsbestimmungen § 4 Rn. 57
Offenheit von Verfassungsnormen § 3 Rn. 21, 40, 47, 56, 64 f., 68, 74, 85, 88
Öffentlich § 12 Rn. 4, 6, 13, 25, 55, 64 ff., 75
Ökonomie, politische § 5 Rn. 45 f., 51

- Ökonomisches Paradigma § 8 Rn.27, 40
 Opportunitätskosten § 8 Rn.15, 51, 78, 95
 Opposition § 8 Rn.81, 110, 122
 Ordnung § 9 Rn.8 ff., 18 f., 24, 36 ff., 50 ff.
 Organisation – Begriff § 10 Rn.4 f., 9, 10, 43, 50
 Organisation – Zweck § 10 Rn.9, 13 ff., 21 ff.,
 45 ff., 67 f., 73
 Organisationsverfassungsrechtliche
 Grundrechte § 10 Rn.2, 30, 70, 83, 87 f., 93
 Organisationsforschung § 5 Rn.68
 Organisationsverfassungsrecht § 10 Rn.1, 5,
 25 f., 30 f., 39, 57, 63, 93
 Originalismus § 4 Rn.68, 122, 123 ff.
 Ostrogorski-Paradox § 8 Rn.92
- Parlament § 1 Rn.70; § 10 Rn.10, 14, 22, 27 f., 32,
 38 ff., 44 f., 50 ff., 54, 57 f., 62, 73
 Parlamentarischer Rat § 1 Rn.33 f., 44 f., 82
 Parteien § 8 Rn.82, 90 ff., 107, 109, 119, 125; § 10
 Rn.2, 5, 11, 13, 16, 21 f., 27 f., 31 f., 34, 39 ff., 43 ff.,
 53, 55 f., 86 f., 92 f.
 Paulskirchenverfassung § 1 Rn.69
 performative turns § 11 Rn.103
 Performativität § 11 Rn.3, 32, 64, 104 ff., 109 ff.,
 117 ff., 122, 124
 Permeabilität, verfassungsrechtliche § 7 Rn.27,
 34, 50, 57 ff.
 Personelle Zugänge § 13 Rn.68
 Persönlichkeitsrecht § 4 Rn.32, 88, 98 ff., 145 ff.
 Philosophie § 3 Rn.14, 20 f., 43, 56 ff.
 Philosophische Methoden § 1 Rn.12 ff.
 Pluralisierung § 12 Rn.19 ff.
 Political questions § 3 Rn.56
 Politik § 3 Rn.8, 40, 56, 62, 68, 74; § 9 Rn.6 ff.,
 10, 74
 Politikwissenschaft § 1 Rn.50; § 3 Rn.9, 43
 Politikwissenschaftlicher Verfassungsrealismus
 § 9 Rn.20 ff., 75
 Politische Gemeinschaft § 1 Rn.7, 10, 27, 60
 Politische Gemeinschaftsbildung § 11 Rn.19,
 56 f., 87
 Politische Gleichheit § 9 Rn.30, 58, 66 ff., 71, 79
 Politische Ordnung § 1 Rn.10, 28, 50, 68
 Politische Philosophie § 1 Rn.4, 7, 10 f., 15 f.,
 27 ff., 63, 87
 Politischer Liberalismus § 9 Rn.27 ff.
 Politischer Streik § 13 Rn.36
 Politisches Gemeinwesen § 11 Rn.10, 14, 39, 46,
 49, 61, 73, 84 f., 87
 Politisches System § 9 Rn.9
 Polity § 9 Rn.11 ff., 74
 Positive Freiheit § 5 Rn.52
- Positives Recht § 1 Rn.9 f., 30, 55
 Positivierungsnachweis § 3 Rn.45 f., 49
 Positivismus § 3 Rn.8, 11 f., 16, 27, 61, 67; § 11
 Rn.8, 39, 49, 51, 64, 67, 100
 Postkoloniale Rechtswissenschaften § 12 Rn.2,
 26, 32 ff., 38, 39, 44, 47, 49
 Postkolonialismus § 6 Rn.31, 51, 53; § 12
 Rn.32 ff., 44, 61, 67
 Postmodernismus § 1 Rn.28
 Pouvoirs constitués § 1 Rn.76
 Pouvoir constituant § 1 Rn.76
 Präambel § 1 Rn.54, 62, 69, 67, 82; § 4 Rn.51
 Präferenz § 8 Rn.13 f., 28, 30, 43, 50 ff., 75, 81 ff.,
 85 ff., 108 ff.
 Präjudizien § 3 Rn.81; § 7 Rn.83 ff.
 praktische Konkordanz § 3 Rn.52, 63, 65, 93, 113
 Praxeologie § 11 Rn.2, 31 f., 39
 Prinzipal-Agent-Theorie § 8 Rn.118 ff., 136
 Privat § 12 Rn.4, 6, 13, 25, 55, 64 ff., 75
 Privatrechtswirkung der Grundrechte § 13
 Rn.15
 Prognosen § 5 Rn.87
 Prospect theory § 8 Rn.28
 Public-Choice-Theorie § 8 Rn.19 ff., 53, 78, 91,
 96, 108, 149
- Quantitative Ansätze § 6 Rn.38 f.
 Queer Studies § 12 Rn.11, 22 f., 39
- Radbruchsche Formel § 2 Rn.62, 66
 Rahmenordnung § 3 Rn.47, 52
 Rassismus § 12 Rn.20, 27 ff., 44, 61, 64, 65, 72, 76
 Rationalisierung § 5 Rn.14, 22, 48, § 66 f.
 Rationalität § 3 Rn.2, 14, 16, 21, 22 ff., 81, 88, 93,
 97, 102, 104, 107, 113, 116; § 8 Rn.15, 27, 32, 49,
 152; § 11 Rn.3 ff., 20, 34, 36, 39, 64, 100, 106
 Rechtsbegriff § 1 Rn.15, 18
 Rechtsbruch § 12 Rn.73 f.
 Rechtsdogmatik § 1 Rn.11; § 2 Rn.5, 11, 15 f., 35,
 80, 89, 93, 104 ff., 111, 147, 160
 Rechtserzeugung § 2 Rn.32, 34, 45, 76 f., 79,
 85 ff., 112, 116 f., 128, 132
 Rechtserzeugungsakt § 3 Rn.61
 Rechtsethik § 1 Rn.4, 21
 Rechtsfortbildung § 3 Rn.5, 14, 32
 Rechtsidee § 1 Rn.39
 Rechtskritik § 12 Rn.1 ff., 35 ff.
 Rechtslogik § 3 Rn.27
 Rechtsmacht § 3 Rn.67 f., 78
 Rechtsphilosophie § 1 Rn.1 ff.; § 2 Rn.1, 7 ff., 22,
 24, 125, 151, 160; § 3 Rn.59
 Rechtspolitik § 3 Rn.24, 62

Gesamtstichwortverzeichnis

- Rechtspositivismus § 1 Rn. 9, 30 ff., 45 ff., 59 f., 62; § 2 Rn. 36, 62 ff., 116, 147
- Rechtsprechung § 10 Rn. 28 f., 37, 44, 76 ff., 90, 92
- Rechtsrealismus § 2 Rn. 25
- Rechtsstaat § 9 Rn. 43, 46 ff., 53 f., 59; § 12 Rn. 42, 64, 73
- Rechtstheorie § 1 Rn. 5, 15; § 3 Rn. 14, 27, 45, 51, 59 ff.
- Rechtsvergleich § 4 Rn. 35 ff., 112 f.
- Rechtswissenschaftstheorie § 3 Rn. 14, 17, 18 ff., 31, 88, 115
- Regeln und Prinzipien § 3 Rn. 51, 64 f.
- Regierung § 10 Rn. 3, 10 f., 13, 26, 27, 31 ff., 38 ff., 46 f., 50 f., 55, 58 ff., 67, 74
- Regierungsformen § 1 Rn. 50
- Regierungssystem § 5 Rn. 32, 39, 42, 60, 68, 76; § 9 Rn. 13
- Reine Rechtslehre § 2 Rn. 19, 22 ff., 34, 39, 45, 79, 85, 87 f., 117 f., 151 f., 157
- Rekonstruktion § 3 Rn. 14, 36, 38, 40, 50, 62, 96 f.
- Religionsgemeinschaften § 4 Rn. 52
- Replikationskrise § 8 Rn. 33, 157
- Repräsentation § 1 Rn. 10, 79, 82, 85; § 8 Rn. 63, 75 f., 105, 109, 111
- Republikanische Verfassungstheorie § 9 Rn. 33 ff.
- Responsivität § 9 Rn. 57, 72
- Richter § 8 Rn. 20, 37, 63
- Richtigkeit § 3 Rn. 12, 14, 17, 22, 24 ff., 52, 88 f., 105, 107, 111, 113
- Ritualität § 11 Rn. 3, 103, 108, 111, 118 f., 122, 128
- Rückschafehler § 8 Rn. 29
- Rule of Recognition § 1 Rn. 73
- Schlüsselbegriffe § 13 Rn. 53 ff., 65
- Selbstorganisation § 10 Rn. 2, 20, 32 ff., 71, 79, 82 f.
- Semiotik § 3 Rn. 20; § 11 Rn. 28 f.
- Sexismus § 12 Rn. 11 ff., 43, 61, 76
- Signal § 8 Rn. 28, 81, 134–136
- Skalven (als Bürger) § 1 Rn. 78
- Soziale Medien § 4 Rn. 32
- Sokratisches Gespräch § 1 Rn. 16
- Sonderdogmatiken § 13 Rn. 8, 50
- Sondervermögen § 4 Rn. 45
- Southern turn § 6 Rn. 52 f., 60
- Souveränität § 1 Rn. 64, 68, 70
- Soziale Normen § 8 Rn. 30, 46, 79 f., 133
- Sozialisation § 13 Rn. 68
- Sozialmodell § 5 Rn. 51, 81
- Sozialphilosophie § 1 Rn. 4, 27 ff., 87 f.
- Sozialwahltheorie § 8 Rn. 86
- Soziologie § 1 Rn. 5; § 11 Rn. 9, 28, 34 f., 127
- Soziologie der Grundrechte § 5 Rn. 49 ff., 79 ff.
- Soziologische Jurisprudenz § 5 Rn. 2, 9, 32
- Spielräume, föderative § 7 Rn. 75 ff.
- Spielregeln § 3 Rn. 74
- Spieltheorie § 8 Rn. 112, 126 ff., 159
- Sprachphilosophie § 1 Rn. 13
- Staatsbegriff § 1 Rn. 15, 27, 54
- Staatsbürger § 1 Rn. 76, 78
- Staatsformen § 1 Rn. 50
- Staatslehre § 2 Rn. 2, 115; § 11 Rn. 9
- Staatsorganisationsrecht § 3 Rn. 51, 74, 110 f.
- Staatspraxis § 3 Rn. 30, 42, 100, 107
- Staatszwecke § 1 Rn. 61 ff., 65
- Status-Denkschrift § 3 Rn. 76
- Status-quo-Effekt § 8 Rn. 28
- Steuerrecht § 13 Rn. 39
- Strafverfassungsrecht § 13 Rn. 4
- Strategische Zugänge § 13 Rn. 74 ff.
- Strukturalismus § 11 Rn. 28 ff.
- Strukturierende Rechtslehre § 2 Rn. 42 ff., 90 ff., 102, 122, 158
- Stufenbau der Rechtsordnung § 2 Rn. 76, 79, 85 ff., 112, 117, 157; § 3 Rn. 14, 61
- Subjektiv-historische Auslegung § 3 Rn. 14, 17, 21, 38, 40 f., 72, 96
- Symbolische Ordnung § 11 Rn. 23 f., 28 f., 46, 88, 101, 106
- Tatsachen § 3 Rn. 31
- Teilverfassungen § 13 Rn. 42 ff.
- Texttreue § 3 Rn. 90, 110
- Textualität § 11 Rn. 12, 39, 104
- Textverstehen § 3 Rn. 20 f., 88
- Topik § 3 Rn. 12 ff., 17, 27, 88, 97
- Transaktionskosten § 8 Rn. 24, 76, 88 f., 97, 147 f., 159
- Transformative Constitutionalism § 6 Rn. 29 f.
- Transnationale Verfassung § 1 Rn. 53
- Trialismus, propositionaler § 2 Rn. 31, 35
- Überkonstitutionalisierung (des Unionsrechts) § 7 Rn. 11 ff.
- Umgebungsgeschichte § 4 Rn. 108
- Unabhängigkeit § 8 Rn. 63, 104, 115, 122, 124, 146, 149
- Unbestimmtheit § 12 Rn. 8, 57, 58 ff., 64, 65, 75
- Ungleichheitsaversion § 8 Rn. 30, 43, 52
- Unionsrecht § 13 Rn. 9

- Unionsrechtskonforme Interpretation § 13 Rn.31
- Unionsrechtsorientierte Interpretation § 13 Rn.31
- Unionsrechtswissenschaft § 13 Rn.31
- Unmöglichkeitstheorem § 8 Rn.86, 101
- Urkundlichkeit § 3 Rn.74
- USA § 12 Rn.2, 4, 5, 6, 7, 8, 15, 21, 27, 29, 30, 31, 32, 38, 44, 51, 63, 64, 70, 71, 76
- Utilitarismus § 1 Rn.23
- Verbindlichkeitsanspruch § 3 Rn.16, 20 ff, 26, 47, 56, 64, 70, 74, 88, 105
- Verfahrensrecht § 13 Rn.9
- Verfassungsgebende Gewalt § 1 Rn.76, 82 ff.; § 2 Rn.116, 119 ff., 145
- Verfassungsgebung § 1 Rn.46, 73, 82; § 3 Rn.13 f., 37, 40 f., 50, 52, 62 f., 68 f., 72, 74, 90, 96, 111; § 4 Rn.43 ff., 92; § 8 Rn.55, 75, 89, 98 ff.
- Verfassungs(rechts)vergleiche § 8 Rn.6
- Verfassungsänderung § 1 Rn.84 f.; § 3 Rn.61, 71 ff.; § 4 Rn.45, 60, 71, 95 ff.
- Verfassungsauslegung § 4 Rn.16, 120 ff., 133 ff.
- Verfassungsbegriff § 1 Rn.50 ff.; § 3 Rn.6, 48, 54, 58, 74; § 4 Rn.9 ff.; § 5 Rn.2, 9, 89 ff.
- Verfassungsdogmatik § 13 Rn.1
- Verfassungsdurchbrechung § 3 Rn.72
- Verfassungsentwicklung § 3 Rn.11, 14, 40, 72 f.
- Verfassungserwartungen § 11 Rn.57, 60
- Verfassungsgerichtsbarkeit § 6 Rn.5 ff., 18 f., 32 f.; § 9 Rn.40 ff., 43 ff., 63, 77; § 13 Rn.71 ff.
- Verfassungsgeschichte § 1 Rn.51, 82; § 3 Rn.54; § 4 Rn.22 ff., 34, 38
- Verfassungsgewohnheitsrecht § 3 Rn.100
- Verfassungsidealität § 3 Rn.86
- Verfassungsinterpretation § 3; § 13 Rn.23 f.
- Verfassungsinterpretieren § 13 Rn.24
- Verfassungskonkretisierung § 3 Rn.101; § 13 Rn.21 f.
- Verfassungsmäßigkeit § 1 Rn.7
- Verfassungsoökonomik § 8 Rn.23, 25, 55, 64 f., 159
- Verfassungspatriotismus § 4 Rn.69; § 11 Rn.46, 125
- Verfassungsppluralismus § 7 Rn.24 ff.
- Verfassungsrecht § 12 Rn.1, 6, 7 ff., 14, 15, 25, 58, 60, 64, 68 ff.
- Verfassungsrechtliche Ansprüche § 13 Rn.14
- Verfassungsrechtswissenschaftsgeschichte § 4 Rn.166
- Verfassungstext § 3 Rn.14, 47, 71, 74, 110
- Verfassungstheorie § 1 Rn.5, 8; § 2 Rn.2 f., 79 f., 105 ff., 156; § 3 Rn.12 ff., 21, 43 ff., 52 ff., 56, 59; § 9 Rn.19 ff.; § 11 Rn.11, 16 f., 32, 39 f., 43 ff., 48 ff., 58 f., 61 ff., 68 f., 99, 123
- Verfassungsurkunde § 1 Rn.51, 76
- Verfassungsverbund § 7 Rn.28 f.
- Verfassungsvergleiche § 1 Rn.50; § 3 Rn.7, 44, 53, 92, 95
- Verfassungsvoraussetzungen § 11 Rn.2, 57, 60 f., 67
- Verfassungswandel § 2 Rn.100; § 3 Rn.71, 73; § 4 Rn.98 ff.; § 5 Rn.73
- Verfassungswerte § 1 Rn.7, 37 ff.
- Verfassungswirklichkeit § 3 Rn.4, 9, 13 f., 17, 23, 42, 100; § 5 Rn.2, 74, 97; § 9 Rn.20, 24 f.; § 11 Rn.14, 30, 68
- Verhaltensökonomik § 8 Rn.27 ff., 52, 143 f., 152, 158 f.
- Verhaltenssteuerung § 8 Rn.9, 58 ff., 132
- Verhältnismäßigkeit § 3 Rn.31, 41; § 5 Rn.2, 15, 88
- Verhältnismäßigkeitsgrundsatz § 8 Rn.138 ff., 161
- Verifikation § 3 Rn.22 f., 105
- Verlustaversion § 8 Rn.28, 144
- Vernunft § 3 Rn.13, 104
- Vertragstheorie § 8 Rn.99 f., 103, 115, 149
- Verwaltung § 10 Rn.1, 6, 9, 18, 21 f., 24, 33, 37, 43, 45, 59, 63 ff., 80, 86
- Völkergewohnheitsrecht § 6 Rn.77
- Völkerrechtsfreundlichkeit § 3 Rn.86
- Volkssouveränität § 1 Rn.67, 70, 73, 75, 77, 82, 86; § 9 Rn.43, 47, 73, 77
- Vorgeschichte § 4 Rn.76 ff.
- Vorrang der Verfassung § 13 Rn.12 f.
- Vorverständnisse § 3 Rn.12, 14, 21, 27 f., 45, 47, 56, 97; § 5 Rn.30 f.
- Wahlbeteiligung § 9 Rn.66 ff., 79 f.
- Wahlentscheidung § 8 Rn.25, 76, 77, 79 ff., 85, 88
- Wählerschaft § 9 Rn.69 ff.
- Wahrnehmungsfaktoren § 13 Rn.69
- Weber, Max § 1 Rn.72; § 4 Rn.77
- Weimarer Reichsverfassung § 1 Rn.69; § 4 Rn.52 ff.
- Weimarer Republik § 1 Rn.57, 82
- Werte/Wertbegriff § 1 Rn.19, 36 ff., 62; § 5 Rn.29, 55, 62; § 7 Rn.17 ff.
- Wertfreiheitspostulat § 5 Rn.25 ff.
- Wertordnung § 1 Rn.37; § 3 Rn.10, 47, 52, 57
- Werttheorie § 1 Rn.8, 35, 37 ff.

Gesamtstichwortverzeichnis

- Wirklichkeit § 3 Rn. 4, 9, 13 f., 17, 23, 42, 100; § 5 Rn. 2, 28 ff.
- Wissenschaftssoziologie § 13 Rn. 8
- Wissenschaftstheorie § 2 Rn. 12, 14, 118; § 3 Rn. 14, 18 f., 22 f., 31
- Wohlfahrtsökonomik § 8 Rn. 17, 55, 85, 94, 98, 103, 108
- Wunsiedel-Beschluss § 4 Rn. 80 ff.
- Zirkularität § 3 Rn. 27, 51, 69,
- Zivilrecht § 8 Rn. 6, 9, 45, 60, 63, 149
- Zukünftige Generationen § 1 Rn. 77, 80
- Zukunftsgeschichte § 4 Rn. 115 ff.
- Zurechnung § 3 Rn. 39
- Zwangsorganisation § 10 Rn. 17
- Zweck § 8 Rn. 69, 138 f.